

Humanität und Konsequenz – für eine pragmatische Ausländerpolitik

Eintretensvotum an der Sonderession des Nationalrats, Mai 2004

Die CVP ist für Eintreten auf das AuG und lehnt die Rückweisungsanträge ab. Für uns ist das Gesetz, so wie es aus der Kommissionsberatung herauskam, ein brauchbarer Kompromiss, der aber doch genügend ausgewogen ist, um den Forderungen der Wirtschaft, der Schweiz und den Ausländern zu entsprechen. Wir haben Handlungsbedarf, das wird von den meisten Parteien nicht bestritten. Rund 1,5 Mio unserer Bevölkerung sind ausländische Menschen. Rund ein Drittel aller Ehen sind binational. Ein Viertel des Arbeitsvolumens wird von Ausländern erbracht. Ausländer werden trotzdem von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Bedrohung angesehen, vor allem bei Jugendlichen ist eine Tendenz zu Abwehr oder Ablehnung festzustellen. Einwanderung muss für die Politik ein Thema sein, die Politik hat sich mit den Phänomenen der internationalen Migration auseinanderzusetzen.

Aber wie soll man sich damit auseinandersetzen? Zum eigenen Parteivorteil oder mit Blick auf das Ganze? Indem man die Probleme thematisiert, ohne Lösungen zu suchen, die Probleme sogar überbetont, um eine apokalyptische Realität darzustellen, wo man dann selbst als Messias herabsteigen kann, der die Welt rettet? Ich denke, darin kann ja nicht ernsthaft unsere Aufgabe bestehen.

Die Aufgabe des Parlaments ist es, Gesetze zu machen. Bei der Ausländerfrage müssen wir Gesetze machen, auch wenn wir wissen, dass nicht alles über den Gesetzesweg lösbar ist. Die Konsequenz, sich der Gesetzesarbeit zu verweigern, mit Nichteintreten oder Rückweisen, ist für die CVP die falsche. Denn sie geht an unserem Auftrag vorbei, mit Gesetzen Lösungen auszuarbeiten. Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass man bei einer derartig komplexen Materie keine Einigkeit in allen Belangen herstellen kann, aber das scheint mir der ganz normale politische Alltag zu sein. Wer hier zurückweist, nicht eintritt, der hat eine ganz bestimmte – zu radikale – Vorstellung, was zum Thema Ausländer gemacht werden sollte. Entweder radikal ausschliessend oder radikal integrierend – und beides hilft der realen Situation der Schweizerinnen und Schweizer, den Ausländerinnen und Ausländern, überhaupt nicht.

Es nützt nichts, wenn man die Augen vor dem Missbrauch verschliesst, und in Gutmenschenmanier einfach denkt, nur weil jemand schon eine nichtschweizerische Fremdsprache spreche, sei er oder sie ein besserer oder

interessanter Mensch. Das Fremde ist interessant, aber wenn man ausklammert, dass wir nicht einfach alle aufnehmen, integrieren und ihnen Arbeit geben können, die einreisen wollen, ist eine Banalität, die aber Konsequenzen fordert, die alles andere als banal sind, wenn man glaubwürdig sein will. Die Versprechen bei der 18% Initiative, dass man die Einwanderung begrenzen müsse und werde, die sind einzuhalten. Das vorliegende Gesetz regelt diese Einwanderung für Ausländer aus Nicht-EU und EFTA-Staaten. Es ist keineswegs so inhuman, wie die eine Seite behauptet, und keineswegs so ineffizient und zahnlos, wie die andere Seite meint. Es ist ein guter Ansatz, den man jetzt beraten sollte, der nochmals in den Ständerat geht, dort vermutlich ein paar Anträge mehr bekommt, und wo man dann in der Differenzvereinbarung schauen muss, dass am Ende ein Gesetz da ist, das der Schweiz würdig ist, einer weltoffenen Schweiz, die aber Weltoffenheit nicht mit völliger Permissivität verwechseln kann.

Das Gesetz löst nicht alles, aber es löst mehr, als eine Rückweisung oder gar ein Nichteintreten lösen würde. Beides wären Zeitverzögerungen, und diese in einer Thematik, wo alle Parteien versprochen und versprechen, dass sie die richtigen Rezepte hätten. Selbst das Gurten Manifest – bei einem Teil der SP ja durchaus mehrheitsfähig – spricht davon, dass man Zuwanderung steuern müsse. Das macht man nur mit guten Gesetzen und vernünftigen Vollzug, nicht nur mit guten Worten.

Wenn wir jetzt zurückweisen, oder nicht eintreten, dann nehmen wir als Politiker unseren Auftrag nicht wahr, nämlich Gesetze zu schaffen, die das, was unser Volk beschäftigt, herausfordert und wo es von uns Lösungen erwartet. Lösungen, die wir auch umsetzen in anwendbare, realistische und pragmatische Gesetze.

Gerade wenn es so dramatisch ist, wie die eine Seite behauptet, wenn wir überflutet werden, und wenn wir „Fremde im eigenen Land“ sind, und gerade wenn offenbar die Ausländer-Politik die Menschenrechte nicht mehr beachtet, wie die andere Seite behauptet, dann ist es die Aufgabe der Politik, nicht noch mehr Emotionen zu schüren, sondern sachliche Vorschläge zu erarbeiten. Wenn wir zurückweisen oder nicht eintreten, dann drücken wir uns um unsere ureigene Aufgabe, das Suchen und Finden von Kompromissen, die mehr sind als faule Kompromisse, sondern echte Lösungen. Politik ist das mühsame Bohren harter Bretter mit Geduld und Augenmass. Zeigen Sie, dass Sie dieses Augenmass haben, sachlich zu bleiben und um Lösungen zu ringen, statt zurückzuweisen. Das Ergebnis einer Zurückweisung wäre mit grösster Wahrscheinlichkeit kein besseres Gesetz, sondern eine Verschlimmbesserung, hinter der dann keine Mehrheit mehr

stehen kann. Zeigen Sie, dass Sie von der zunehmenden Polarisierung der Schweiz nicht profitieren wollen, sondern dass Sie Ihren Auftrag wahrnehmen, den Ihnen das Volk gegeben hat, nämlich die Probleme zu lösen, die das Volk beschäftigt, und nicht daraus Profit zu schlagen, dass man Missstände benennt, ohne zu sagen, wie man sie lösen möchte. Wir haben Probleme beim Missbrauch, wir stehen vor wirtschaftlichen und demographischen Herausforderungen, die auch mit Ausländern zu tun haben. Gerade wenn die Schweiz vor Schwierigkeiten steht, ist es nötig, dass wir nicht spalten, sondern integrieren, nicht ausgrenzen, sondern begrenzen, nicht polemisieren, sondern diskutieren, und nicht verschieben, sondern entscheiden. Die Politik muss sich dieser Herausforderung stellen.

Die CVP setzt sich ein, dass in diesem Gesetz drei Säulen der Ausländerpolitik ausgebaut werden: die Begrenzung der Zuwanderung, die Bekämpfung des Missbrauchs und die Integration der Ausländer in unsere Gesellschaft. Alle drei Säulen sind nicht nur in der Verantwortung des Staates, sondern auch bei den Ausländern, besonders die Integration. Wir müssen unsere Werte selbstbewusst erhalten, Weltoffenheit und Integration heisst nicht, alles gut zu heissen, nur weil es von aussen kommt. Und Konsequenz bei Missbrauch ist nur dann wirklich konsequent und gerecht, wenn sie einerseits die Ausländer, aber auch die Wirtschaft, die ausländische Arbeitskräfte braucht, in die Pflicht nimmt. Wer nur den Missbrauch sieht, ist auf einem Auge blind, wer nur integrieren möchte, auf dem andern. Zum Augenmass, zu richtigen Lösung braucht es beide Augen, den ganzen Kopf, das Herz, und vor allem eine ausreichende parlamentarische Mehrheit. In diesem Sinn tritt die CVP auf das Gesetz ein und lehnt die Rückweisungsanträge ab.

Gerhard Pfister, Präsident CVP Kanton Zug, Nationalrat